



Soziales Netz Bayern

Gemeinsame Erklärung zur Bundestagswahl

Soziale Ungleichheit bekämpfen, strukturelle Armut beenden und soziale Infrastrukturen ausbauen

Wie unter einem Brennglas hat die Corona-Pandemie bestehende soziale Ungleichheiten und Ungerechtigkeiten sichtbar gemacht und verschärft. Nicht nur in den so benannten systemrelevanten Berufen sind die belastenden Arbeitsbedingungen, die schlechte Bezahlung und die personelle Unterbesetzung besonders deutlich geworden. Viele Beschäftigte haben dank Kurzarbeit bisher zwar nicht den Arbeitsplatz verloren, bei niedrigen Löhnen reicht das Kurzarbeitergeld aber dennoch kaum zum Leben.

Dazu kommen die Mehrfachbelastungen von berufstätigen Frauen mit Kindern, die zu Hause in der Regel den überwiegenden Anteil an Sorgearbeit übernehmen, aber auch von pflegenden Angehörigen, denen vielfach Unterstützungsmöglichkeiten weggebrochen sind.

Durch die Corona-Krise ist zudem ins öffentliche Bewusstsein gerückt, dass das Bildungssystem in Deutschland sozial selektiv ist. Kinder in Haushalten, die in der Krise nicht über eine gute digitale Infrastruktur bzw. über keine Unterstützung durch die Eltern verfügten, konnten am „Homeschooling“ nicht in ausreichendem Maße teilhaben, die Zahl der Schulabrecher*innen ist deutlich angestiegen.

Folgende Aspekte bereiten Sorge:

- Atypische Beschäftigungsverhältnisse (Teilzeit, Minijob, befristete Beschäftigung) betreffen rund 20 % der Beschäftigten in Bayern, vor allem Frauen, und bringen oft ein erhöhtes Armutsrisiko mit sich.
- Sorgearbeit, wie sie mehrheitlich von Frauen geleistet wird, und eine Beschäftigung im gewünschten Arbeitsumfang sind oft nur schwer zu vereinbaren. Denn die soziale Infrastruktur, etwa in Form von Tagespflegeeinrichtungen oder ganztägiger Kinderbetreuung, steht in Bayern noch immer nicht in ausreichendem Maße zur Verfügung.
- Niedrige Löhne betreffen viele Menschen, die während der Krise als systemrelevant eingestuft wurden: Verkäufer*innen, Pflegehilfskräfte, Beschäftigte im Gastgewerbe oder auch in der Logistikbranche.
- Die hohen Mieten zwingen viele Familien, in kleinen Wohnungen zu leben. Gerade aber beengte Wohnverhältnisse erschweren das Arbeiten zu Hause, wie aktuelle Studien zum Homeschooling und Homeoffice während der Krise zeigen.

Daher fordert das Soziale Netz Bayern mit Blick auf die bevorstehende Bundestagswahl, der sich verstärkenden Ungleichheit in Gesellschaft und Arbeitswelt auf politischer Ebene entschlossen entgegenzutreten:

1. Armut beenden

2019 waren 11,9 % der Menschen in Bayern – und damit mehr als jede*r Achte – von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedroht. Das Risiko, unter die Armutsgrenze zu rutschen und den sozialen Anschluss zu verlieren, hat sich in Deutschland in den vergangenen 20 Jahren mehr als verdoppelt. Um zu verhindern, dass die Gesellschaft weiter auseinanderdriftet, brauchen wir für arme und einkommensschwache Menschen mehr Unterstützung. Dazu zählt beispielsweise die Anhebung der Regelsätze in Hartz IV und der Grundsicherung, ein Mindestkurzarbeitergeld sowie die Abschaffung der Abschläge bei der Erwerbsminderungsrente. Für Kinder müssen Regelsätze in Hartz IV neu berechnet werden, so dass sie die wirklichen Bedarfe abdecken. Dringend fordern wir die Einführung einer Kindergrundsicherung, für die es schon viele Modelle gibt.

2. Arbeit armutsfest machen

In Bayern sind fast eine Millionen Menschen im Niedriglohnsektor beschäftigt. Die Niedriglohnschwelle lag 2018 bei 11,21 Euro. Dies zeigt, dass der aktuelle Mindestlohn noch nie Armut verhindert hat. Selbst Vollzeitbeschäftigte werden von Altersarmut betroffen sein. Insofern ist festzustellen, dass sich Armut weiter verfestigt. Bei solchen Löhnen reicht auch das Kurzarbeitergeld nicht zum Leben. Betroffen sind vor allem Frauen: Sie stellen 71,2 % der Beschäftigten in diesem Bereich. Gute Arbeit und gute Löhne sind in der Regel da anzutreffen, wo es Tarifverträge gibt. Die Tarifbindung muss – auch durch Intervention des Staates – erhöht werden, um gute Arbeit für alle Geschlechter gleich und armutsfest zu entlohnen.

3. Bezahlbarer, guter und barrierefreier Wohnraum für alle

Das Soziale Netz Bayern fordert die Bereitstellung von bezahlbarem, attraktivem, menschenwürdigem und barrierefreiem Wohnraum. Ausreichend guter Wohnraum ist die Voraussetzung für praktizierbares Homeoffice ebenso wie für das Lernen zu Hause. Enge, kleine Wohnungen lassen eine sinnvolle Vereinbarung von Familie und Beruf und ein gutes Familienleben nicht zu. Dafür muss der Staat deutlich mehr in den sozialen, barrierefreien Wohnungsbau investieren und die Bindungsfristen verlängern. Damit Mieten, Immobilien- und Bodenpreise nicht noch weiter explodieren, braucht es gesetzliche Regulierungen: Wohnen darf kein Geschäftsmodell sein. Wohnen ist ein Grundrecht.

4. Das Gesundheits- und Pflegesystem ihren Aufgaben gemäß ausstatten

Die Krise hat gezeigt, dass das öffentliche Pflege- und Gesundheitssystem in den letzten 30 Jahren an entscheidenden Stellen „kaputtgespart“ wurde. Das fängt beim Personal an, das unter zu hoher Belastung bei zu geringer Entlohnung seine Arbeit leistet. Gute Pflege benötigt gute Arbeitsbedingungen und gute Bezahlung, für die die Bindung der Refinanzierung an echte tarifliche Bezahlung aller Beschäftigten ein wirksamer Hebel ist. Gleichzeitig muss der Eigenanteil gedeckelt werden. Pflegebedürftigkeit ist schon jetzt ein Armutsrisiko.

Auch im Bereich der Gesundheit gilt: Das Gesundheitswesen muss sich am Menschen, nicht am Profit orientieren. Das öffentliche Gesundheitswesen benötigt dringend eine zukunftssichere Finanzierung. Dies bedingt die Abkehr vom jetzigen Fallpauschalen-System, das die derzeitigen Mängel und Defizite des öffentlichen Gesundheitssystems maßgeblich verursacht hat. Daher fordern wir einen Umbau des öffentlichen Gesundheitswesens im Sinne der Menschen, die darauf angewiesen sind. Dazu gehören Menschen mit Behinderung und Personen mit Pflegebedarf ebenso wie die Beschäftigten in diesem Bereich.

5. (Weiter-)Bildung für Alle

Das Bildungs- und Weiterbildungssystem muss aus- und umgebaut werden. Bildung darf nicht länger eine Frage der sozialen Herkunft sein! Dass das noch immer der Fall ist, hat vor allem die Corona-Pandemie deutlich gezeigt. Die Bayerische Verfassung hingegen fordert in Artikel 128 das Gegenteil. Bildung muss allen unabhängig von Herkunft und Geldbeutel gleichermaßen zugänglich sein. Und zwar von der KiTa bis zur Hochschule.

Auch Weiterbildung muss für alle möglich sein. Alle Beschäftigten haben das Recht auf eine berufliche Perspektive. Gerade in Zeiten des rasanten Wandels der Arbeitswelt ist die Weiterbildung von entscheidender Bedeutung für eine gute Arbeit. Ein bayerisches Fort- und Weiterbildungsgesetz ist so dringend wie nie.

6. Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessern

Die partnerschaftliche Vereinbarkeit von Familie und Beruf muss verbessert werden. Dazu bedarf es mehr KiTas, mehr Ganztagschulen und auch mehr Tagespflegereinrichtungen. Darüber hinaus ist eine verbesserte Anerkennung und Unterstützung der häuslichen Pflege durch die Angehörigen notwendig, z.B. durch ein Pflegepersonengeld und eine Pflegepersonenzeit, ähnlich dem Elterngeld und der Elternzeit. Gerade in diesem Bereich ist ein eklatanter Widerspruch festzustellen: Eine eigenständige Absicherung für das Alter ist nur durch die gesetzliche Rente zu erreichen – für Entgeltpunkte in ausreichender Menge muss jedoch die Berufstätigkeit für Eltern und pflegende Angehörige erleichtert werden. Dazu bedarf es weiterer politischer Rahmenbedingungen und deutlich mehr familienfreundliche Arbeitgeber.

